



3003 Bern-Wabern, 27. Oktober 2017

3. Treffen der Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer vom 13. November 2017 in Bern

1. Ausgangslage Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer

Die Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer wurde bei einem Treffen in Rom vom 20. März 2017 auf Initiative des italienischen Innenministers Minniti ins Leben gerufen und dient dem Austausch zwischen den Ländern, die von der Migration über die zentrale Mittelmeerroute betroffen sind. Am 24. Juli 2017 fand ein zweites Treffen der Gruppe in Tunis statt. Zum Treffen in Bern eingeladen sind Ägypten, Algerien, Deutschland, Frankreich, Italien, Libyen, Mali, Malta, Niger, Österreich, Slowenien, Tschad und Tunesien sowie der EU-Kommissar für Inneres und Migration, die Estnische EU-Ratspräsidentschaft und der Europäische Auswärtige Dienst. Zudem sind auch die IOM, das UNHCR und erstmals auch das IKRK in das Treffen eingebunden.

Anlässlich des ersten Treffens der Kontaktgruppe in Rom hatten sich die Innenminister in einer gemeinsamen Erklärung auf die Weiterverfolgung von drei Prioritäten geeinigt:

1. Stärkung der libyschen Küstenwache;
2. Ausbau der Schutzkapazitäten für Migrantinnen und Migranten in Libyen; und
3. Kontrolle der libyschen Südgrenze.

Seither wurden die drei Prioritäten in verschiedenen Gremien weiterverfolgt und zahlreiche Massnahmen getroffen. Durch die Unterstützung der libyschen Küstenwache bei der Seenotrettung konnten bspw. seit Jahresbeginn über 14'000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet werden. Gleichzeitig sind die grundlegenden Probleme vieler Migrantinnen und Migranten in der Region noch nicht gelöst. Es ist eine gemeinsame Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft dafür zu sorgen, dass den Flüchtlingen und verletzlichen Migrantinnen der nötige Schutz gewährt werden kann.

2. Organisation des dritten Treffens der Kontaktgruppe durch die Schweiz

Die Schweiz beteiligt sich aktiv am Dialog in der Kontaktgruppe und setzt sich für die Fortführung dieser Treffen ein. In Tunis hat Bundesrätin Sommaruga in Absprache mit dem italienischen Innenminister Minniti vorgeschlagen, das dritte Treffen der Gruppe in der Schweiz durchzuführen. Das dritte Treffen der Kontaktgruppe Mittelmeer wird demnach am 13. November 2017 in Bern stattfinden.

In enger Zusammenarbeit mit dem UNHCR, IOM und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) will die Schweiz in diesem Rahmen den Akzent auf die Notwendigkeit von Schutzmassnahmen für MigrantInnen und Flüchtlinge in Libyen und auf dem Weg nach Libyen setzen. Ziel ist die Verabschiedung einer Deklaration mit Massnahmen im Bereich des Schutzes von MigrantInnen und Flüchtlingen, wie zum Beispiel:

- *Die Verbesserung der Bedingungen in den Haftzentren in Libyen und die Suche nach Alternativen*
- *Die Unterstützung der freiwilligen Rückkehr in die Herkunftsländer*
- *Die Stärkung der Asyl- und Schutzstrukturen entlang der Migrationsroute*
- *Die Bekämpfung von Menschenschmuggel*
- *Sichere und reguläre Migrationswege für Flüchtlinge*

3. Engagement der Schweiz

Das Engagement der Schweiz in Libyen und entlang der Migrationsroute übers zentrale Mittelmeer steht im Einklang mit den Prioritäten der Kontaktgruppe und den Massnahmen, welche im Rahmen des dritten Treffens vom 13. November 2017 anvisiert werden.

Namentlich engagiert sich die Schweiz im Bereich des Zugangs der internationalen Organisationen zu den Haftzentren in Libyen. Die Schweiz unterstützt auch regelmässig Projekte von IOM, die zum Ziel haben, MigrantInnen die Möglichkeit der freiwilligen Rückkehr in Sicherheit und Würde in die Heimat zu verschaffen und ihre Reintegration zu unterstützen. Aktuell unterstützt die Schweiz beispielsweise ein solches Projekt für MigrantInnen, die aus Algerien in ihre Heimat Niger oder Mali zurückkehren möchten. Ähnliche Projekte hat die Schweiz auch in Libyen und Ägypten unterstützt.

Die Stärkung der Asyl- und Schutzstrukturen in Drittstaaten ist ein Schwerpunkt des migrationsausserpolitischen Engagements der Schweiz. Die Schweiz setzt sich beispielsweise für die Stärkung der Seenotrettungskapazitäten der libyschen, tunesischen, algerischen und ägyptischen Küstenwachen sowie des Ausbaus der Schutzmassnahmen beim Empfang der geretteten Personen an Land ein. Auch der Ausbau der Asylstrukturen und –gesetze, namentlich im Rahmen der Migrationspartnerschaft mit Tunesien, wird von der Schweiz unterstützt.

Im Bereich Bekämpfung von Menschenschmuggel beteiligt sich die Schweiz aktuell an einem Projekt von Interpol, das den Kapazitätenaufbau der nordafrikanischen Polizeibehörden im Bereich der Bekämpfung von Menschenschmuggel zum Ziel hat.

Zusätzlich zu ihrem Engagement für den Schutz von MigrantInnen und Flüchtlingen geht die Schweiz im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit auch die Ursachen der Zwangsmigration an. Zunächst ist die Stabilisierung Libyens eine zwingende Voraussetzung für alle Probleme, mit der die Region zu kämpfen hat, einschliesslich der Steuerung der Migration über die zentrale Mittelmeerroute. Mit ihrem friedenspolitischen Engagement trägt die Schweiz aktiv zur Suche nach einer nachhaltigen politischen Lösung in Libyen unter der Führung der UNO bei.

Darüber hinaus trägt die internationale Zusammenarbeit der Schweiz in Nordafrika und in den verschiedenen Regionen südlich der Sahara langfristig dazu bei, Alternativen zur irregulären Migration zu schaffen und die Ursachen erzwungener Migration und Flucht anzugehen.